

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d

Inhalt

42. Jahrgang / 15

22. Januar 1987

Hans Bächler MdB plädiert angesichts des Smogalarms für die Priorität des Umweltschutzes in den deutsch-deutschen Beziehungen: Der DDR bei der Finanzierung von Umwelttechnologie helfen.

Seite 1

Egon Lutz MdB macht auf die Absicht der Rechtskoalition aufmerksam, den sozialpolitischen Kahl-schlag fortzusetzen: Die Opfer würden bestraft.

Seite 3

Herta Däubler-Gmelin MdB verurteilt die unsoziale Frauenpolitik der Bundesregierung: Die Mehrheit wurde übergangen.

Seite 4

Dr. Peter Glotz MdB beglückwünscht Carl-Heinz Evers zum 65. Geburtstag: Mut, Weitsicht und Ausdauer.

Seite 6

Priorität für den Umweltschutz

Der DDR bei der Finanzierung von Umwelttechnologie helfen

Von Hans Bächler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für inner-deutsche Beziehungen

Die gegenwärtigen Smogwarnungen und Smogalarme in Westberlin und im Raum Hof erinnern erneut daran, wie dringend eine wirksame umweltpolitische Zusammenarbeit mit der DDR ist. Die Luftverschmutzung kennt keine Grenzen, gerade Nachbarländer nehmen voneinander gefährliche Stoffe auf, geben sie aber auch ab. Das gesamte Zonenrandgebiet ist in jedem Fall betroffen.

Der Bundesregierung ist es nicht gelungen, innerhalb von vier Jahren ein Umweltabkommen mit der DDR abzuschließen. Ohnehin wurde der Weg verlassen, zunächst einzelne, besonders schwere Probleme zu lösen. Ich will dies nicht grundsätzlich kritisieren, aber ein Verzögerungseffekt ist unbestreitbar.

Internationale und deutsch-deutsche Umweltzusammenarbeit ist notwendig. Eine der Schwierigkeiten dabei ist, daß die kommunistisch regierten Staaten oft nicht über die nötige Technik verfügen, wirksame Filteranlagen zum Beispiel für Kraftwerke selbst zu bauen. Ihnen fehlt es auch an Devisen, solche Anlagen im nötigen Umfang zu importieren.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling Paper



Da es um den Schutz unserer eigenen Bevölkerung und den der Berliner geht, ist es keineswegs unvernünftig, wenn die Bundesrepublik hilft, solche Lücken zu schließen. Die Bereitschaft dazu ist jedoch offenbar gering. Daß Großverdiener Steuern sparen, ist wichtiger als die Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für wirksamen Umweltschutz. Das zeigt sich auch bei der Weser/Werra-Verschmutzung, wo immer noch auch finanzielle Erwägungen den Abschluß des Abkommens verzögern.

Umweltschutz ist viel zu wichtig, um an finanziellen Fragen scheitern zu dürfen. Deshalb wollen wir in der Bundesrepublik das Programm Arbeit und Umwelt der SPD verwirklichen und im internationalen Bereich und mit der DDR konkrete Maßnahmen zur Luft- und Wasserreinhaltung beschleunigen. Diese Aufgaben müssen endlich Priorität erhalten und in ein Konzept für eine aktive Deutschlandpolitik einfließen. Kohl und Wallmann haben ein solches Konzept nicht.

Sie vernachlässigen die Beziehungen zur DDR grob fahrlässig und können nur Erfolge feiern, die ihnen durch Bemühungen und Entscheidungen anderer in den Schoß gefallen sind.

Die SPD tritt dafür ein, Wege der Vor- und Mitfinanzierung von Umwelttechnologien für die DDR zu beschreiten und auch die wirtschaftliche Chance gemeinsamer Produktion von Umwelttechnologien zu nutzen. Solche Produkte könnten später auch in dritten Ländern zum Kauf angeboten werden.

Dies ist der Weg, dem Umweltschutz auch in den deutsch-deutschen Beziehungen das nötige Gewicht zu verleihen. Gleichzeitig würde eine weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Sinne des Grundlagenvertrages erreicht.

(-/22.1.1987/rs/ks)

* * *

Die Opfer würden bestraft

Wie sich die Rechtskoalition die Fortsetzung des sozialpolitischen Kahlschlags vorstellt

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Je mehr sich die Rechtskoalitionäre in (Wahl-) Sicherheit wiegen, desto ungenierter und frecher denken sie laut über ihr nächstes Stück in Sachen Sozialabbau nach.

Nach Kürzung des Weihnachtsgeldes, Streichung des Arbeitnehmerfreibetrages und angekündigter Mehrwertsteuererhöhung auf 19 Prozent, vernahm man in der ersten Januar-Woche von der wirtschaftsliberalen Sozialexpertin nicht völlig unbekannte FDP-Töne. Wird der Wirtschaftsgraf der Pseudoliberalen nicht müde, mit schöner Regelmäßigkeit das Thema Karrenztage im Krankheitsfall immer mal wieder zu aktualisieren, so „versächlichte“ Frau Adam-Schwaetzer dieses Thema, indem sie schlicht eine KFZ-Vollkaskoversicherung mit Selbstbeteiligung auflegte. 15 Prozent bis 20 Prozent der Krankheitskosten, so die Apothekerin aus Düren, soll der Kranke selbst berappen.

Der Mensch als Maschine - auf dieses Bild durfte man im 17. Jahrhundert als Antwort auf die Mystifizierung des Mittelalters stolz sein. Rund 300 Jahre danach verrät ein derartiger Vorschlag aber eine Menge über das Menschenbild der heutigen FDP.

Eher beiläufig erwähnte die „SZ“ am 7. Januar 1987 ein Biedenkopfsches Denkmodell, das es für denkbar hält, Arbeitslosengeld erst ab dem 4. Monat der Arbeitslosigkeit zu zahlen. Der kleine aber kluge Professor und Ex-Henkel-Mann sinniert darüber, ob denn das „kurzfristige“ Risiko der Arbeitslosigkeit überhaupt abgesichert werden solle. Im Klartext ist dies Betrug, im Klartext heißt das: eine zusätzliche Sperrfrist für 750.000 Männer und Frauen, die treu und brav seit Jahren ihre Arbeitslosenversicherung gezahlt haben!

Gleichzeitig senkt Gerhard Stoltenberg, der sich mit seiner Finanzplanung kräftig verkalculiert hat, begehrlieh seine Finger in die Hand der Arbeitnehmerportemonnaies: Unter dem lügenhaften Vorwand, Subventions-Abbau zu betreiben, bereitet er klammheimlich dem seit Jahrzehnten unumstrittenen Personalrabatt das Aus. Das beginnt bei den Jahreswagen der VW- und Mercedes-Mitarbeiter und endet bei dem Personalnachlaß, den eine 430,- DM-Kraft in einem Kaufhaus erhält.

Die Bilder gleichen sich auf's verbüffendste, denn das Denken ist das gleiche: Nicht die Täter, die Opfer werden bestraft.

In der gleichen lasziven Weise, wie die Dreggersche Faschismustheorie die historischen Tatsachen politisch passend klittert, sorgen bei der Taktik des sozialen Kahlschlags Gesinnungs-Soziologen und Pseudo-Wissenschaftler für die ideologische Armierung. Am 11. Januar greift Helmut Schoeck, rechtslastiger Soziologe, Erfinder der des gesellschaftlichen Phänomens „Neid“ und „WELT“-Autor, unter dem Titel „Macht Arbeit uns alle krank?“ die zynische Noelle-Neumann Behauptung wieder auf, wonach 59 Prozent der Arbeitslosen lieber nicht arbeiten als einen Arbeitsplatz anzunehmen, der „keinen Spaß bringt“.

Dies ist lediglich die Kostprobe einiger Duftmarken, mit denen die Regierung der Reaktion deutlich ihre sozialen Ausgrenzungslinien zieht.

(-/22.1.1987/rs/ks)



Mehrheit der Frauen übergangen

Zur unsozialen Politik von Kohl, Süßmuth, Blüm & Co.

Von Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzende des Arbeitsbereichs „Gleichstellung der Frau“

Die lautstark von der Bundesregierung angekündigte Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei der Rente ist ins Gerede gekommen. Wer erinnerte sich nicht an die vollmundigen Worte des ressortzuständigen Bundesarbeitsministers, nach über 100 Jahren Rentenversicherung sei endlich den Müttern Gerechtigkeit widerfahren, ähnlich äußerte sich die Bundesfamilienministerin in ihren abendlichen Wahlsports im Deutschen Fernsehen.

Auf den Schreibtischen der SPD-Parlamentarier und -Parlamentarierinnen mehren sich indessen die Briefe enttäuschter Frauen, die entweder bei der erwarteten Rentensteigerung gänzlich leer ausgehen oder anstelle eines Babyjahrs allenfalls „Babytage“ angerechnet erhalten. Ein Zufall? Wohl kaum, wenn man einmal den zugrunde liegenden Sachverhalt etwas genauer hinterfragt. Seit dem 1. Januar 1986 werden Müttern die früheren Kindererziehungszeiten mit 25,- DM je Kind und Monat rentensteigernd angerechnet, wenn - und hier beginnt eine schier nicht enden wollende Kette von Ausnahmeregelungen, die aus einem im Grunde genommen recht einfachen Sachverhalt so etwas wie ein Buch mit sieben Siegeln machen.

Tatsache ist, daß von den rund fünf Millionen Müttern ab 65 Jahren in den ersten zehn Monaten des gerade abgelaufenen Jahres 1986 lediglich 233.000 überhaupt von dieser Anrechnung profitiert haben, dies sind noch nicht einmal fünf Prozent. Darunter befinden sich auch noch jene Mütter, die lediglich eine gekürzte Anrechnung - „Babytage“ - erhalten haben, und niemand weiß bis heute konkret zu sagen, um wie viele Mütter es sich dabei handelt.

Es bleibt also festzuhalten, 95 von 100 Frauen gehen bei dieser rentensteigernden Anrechnung von Kindererziehungszeiten leer aus. Listen wir einmal auf, welche Gruppen von Müttern durch die Masche der Anspruchsvoraussetzungen, die nicht weniger durchlöchert sind als ein Schweizer Käse, herausfallen:

1. Da ist zunächst einmal der Kreis der vor dem 1. Januar 1921 geborenen Mütter, also die heutigen Rentnerinnen und unter ihnen die Generation der Trümmerfrauen, sie alle sind von der Anrechnung von Babyjahren generell ausgenommen worden.

Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Mütter mit vielen oder wenigen Kindern handelt, ob sie vielleicht eine hohe Altersversorgung oder - wie es häufiger der Fall ist - eine Kleinstrente beziehen. Wer zum falschen Zeitpunkt geboren wurde, bleibt nach den Vorstellungen der Bundesregierung eben vor der Tür. Eine finanziell schlecht gestellte ältere Frau wird nie verstehen und nachvollziehen können, weshalb ihren beiden nur wenige Jahre jüngeren Schwestern, die noch dazu eine höhere Rente als sie selbst erhalten, jetzt Kinderzuschläge zur Rente gewährt werden, während sie selbst leer ausgeht.

2. Aber auch von den nach dem Stichtag 1. Januar 1921 geborenen Müttern fallen viele durch die Maschen des Gesetzes:
 - Mütter, die nach der Geburt ihres Kindes ihre Erwerbstätigkeit nicht unterbrochen haben beziehungsweise nicht unterbrechen konnten, wie zum Beispiel Alleinerziehende. Da für die Kindererziehung nämlich pauschal ein Beitragsjahr in Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelts aller Versicherten gutgeschrieben wird, wirkt sich



die Kindererziehung dann nicht mehr rentensteigernd aus, wenn eine Frau in den zwölf auf die Geburt ihres Kindes folgenden Monaten über diesen Schwellwert kommt: das wären beispielsweise für 1960 DM 381,- oder für 1970 DM 884,- monatlich. Blieb eine Frau jedoch unter diesen Beträgen - etwa als Teilzeitbeschäftigte - erfolgt die Anhebung bis auf 75 Prozent des jeweiligen Bruttoarbeitsentgelts. In diesen Fällen kommt es dann zu der Teilanrechnung der Kindererziehung, die bei den uns bekannt gewordenen Fällen nur wenige Mark im Monat ausmacht, etwa 2,- oder 4,- Mark monatlich anstelle der erwarteten 25,- DM.

- Hausfrauen, denen 1972 die Möglichkeit eingeräumt wurde, sich in der Rentenversicherung freiwillig zu versichern und unter Umständen sich für die vorgesehenen 16 Jahre sogar rückwirkend versichert haben, fallen je nach der Höhe ihrer freiwilligen Beiträge entweder gänzlich aus der Anrechnung von Kindererziehungszeiten heraus oder erhalten höchstens eine teilweise Anrechnung. Diese Fallbeiwirkung ist der beschriebenen Regelung für erwerbstätige Frauen vergleichbar.

Keine freiwillig nachversicherte Hausfrau wird diese Ungerechtigkeit verstehen können: wird sie doch nachträglich dafür bestraft, daß sie von ihrem Haushaltsgeld einen Teil dafür abgezweigt hat, die eigene Altersversorgung zu verbessern. Sie muß sich heute im Nachhinein sagen, daß dieses finanzielle Opfer gänzlich umsonst war: hätte sie nämlich diese Anstrengungen nicht unternommen, wären ihr jetzt Kindererziehungszeiten rentensteigernd angerechnet worden.

- Hausfrauen, die ihren Lebensunterhalt ausschließlich von einer Witwenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bestreiten und die weniger als fünf Kinder haben, erhalten die Kindererziehung nur dann angerechnet, wenn sie die Wartezeit von fünf Jahren durch freiwillige Versicherungsleistungen aufstocken. So müßte zum Beispiel eine Mutter von zwei Kindern sich für drei Jahre freiwillig nachversichern, um 50,- DM „Babygeld“ zu erhalten. Für eine solche Nachversicherung müßte sie im Jahr 1986 einen Mindestbeitrag von DM 3.312,- aufbringen.
- Mütter, die ihren Lebensunterhalt allein aus Kriegsofferrrenten bestreiten, erhalten keine Kindererziehungszeiten angerechnet.
- Beamtinnen erhalten für ihre bis 1985 einschließlich geborenen Kinder ebenfalls keine Erziehungszeiten gutgeschrieben.
- Für Frauen, deren Minirenten durch die Sozialhilfe aufgestockt werden, wirken sich ihre Kindererziehungszeiten wegen der gleichzeitigen Anrechnung auf die Sozialhilfe praktisch nicht aus.
- Völlig verworren ist es um die Anrechnung der Kindererziehung in den Fällen mit sogenannter Auslandsberührung bestellt. Dabei geht ein beträchtlicher Teil der während des Krieges ins benachbarte Ausland evakuierten werdenden Mütter bei der Anrechnung von Babyjahren ganz oder teilweise leer aus; dabei spielt sowohl der Zeitpunkt der Geburt ihres Kindes als auch der Ort der Evakuierung eine Rolle.

Angesichts dieses weitgefächerten Ausnahmekatalogs und der Tatsache, daß bei weitem mehr Mütter aus der Anrechnung herausfallen als die angekündigte Rentensteigerung erhalten, darf man schon jetzt auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gespannt sein. Denn daß diese oben beschriebenen, teils willkürlich anmutenden Ausgrenzungen vor unserem höchsten Gericht Bestand haben sollen, muß ganz entschieden bezweifelt werden. Im Interesse der auf eine Rentensteigerung wartenden Mütter kann allerdings dieser gewöhnlich sehr zeitaufwendige, langwierige Rechtsweg nicht sein.

Es bleibt nur zu hoffen, daß die zahlreichen, von der Bundesregierung und den sie tragenden Koalitionsfraktionen von CDU/CSU/FDP ausgegrenzten Mütter diesen Parteien für die erlittene Ungerechtigkeit den entsprechenden Denkmäler bei der Bundestagswahl am kommenden Sonntag erteilen. Erhalten Sozialdemokraten durch diese Wahlentscheidung die Mehrheit im Deutschen Bundestag, so wird es zu ihren vorrangigen Aufgaben gehören, soziale Gerechtigkeit für die älteren Mütter durchzusetzen.

(-/22.1.1987/rs/ks)

* * *



Mut, Weitsicht und Ausdauer

Carl-Heinz Evers, ein Vorkämpfer für Chancengleichheit im Bildungssystem, wird 65

Von Dr. Peter Glotz MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Der Glückwunsch an Carl-Heinz Evers geht an einen, dem die Bildungsreform vom Anfang der 60er Jahre viel zu verdanken hat: Evers gehört zu den Vätern der Gesamtschule und darüber hinaus vieler Reformen, die auf Öffnung des Bildungssystems und mehr Chancengleichheit zielten. Der Glückwunsch geht auch an einen Sozialdemokraten, der erfahren hat, wie schwer es ein Vorwärtsdrängender haben kann, wenn er zu früh kommt - auch in der eigenen Partei: Evers gab sein Senatorenamt auf und kurz darauf auch das Mandat im Abgeordnetenhaus von Berlin, da er nicht gegen sein Gewissen entscheiden wollte. Aber er blieb dennoch seiner Sache treu: der Parteiarbeit und der Bildungsreform. Und der Glückwunsch geht an einen, den die Berliner Partei nach wie vor braucht: seines Weitblicks wegen, seiner Ausdauer wegen.

Carl-Heinz Evers kam aus Magdeburg - wo er noch 1945 in die SPD eingetreten war - nach Berlin und engagierte sich nach seinem Studium im Schulbereich, der damals, verglichen mit den anderen deutschen Ländern, am fortschrittlichsten organisiert war. Er stieg rasch auf, wurde 1959 Landeschulrat und 1963 Schulsenator im Kabinett des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt.

Da er als Landeschulrat schnell an die Grenzen der Möglichkeiten für innere Schulreformen gestoßen war, betrieb er als Senator folgerichtig zusätzlich die äußere Schulreform: Er erwirkte 1965 einen Senatsbeschuß zur Errichtung von vier integrierten Gesamtschulen, von denen die erste 1968 in Berlin-Britz ihre Arbeit aufnahm und zu einer Art „Mutterkloster“ - so der damalige Ausdruck - für die Gesamtschulbewegung wurde.

Aus dem gleichen Jahr stammt sein Modell eines neuen Gymnasiums und einer neuen Gesamthochschule. Viele seiner Vorstellungen - das 10. Pflichtschuljahr an allgemeinbildenden Schulen, das Kursystem in der Oberstufe, die Integration betrieblicher Ausbildung - sind, zumindest in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern zum Teil verwirklicht. Vieles aber ist auch steckengeblieben in dem unabsehbaren Stellungskrieg, den sich die SPD mit dem konservativen Block überall im Lande liefert.

Carl-Heinz Evers bekam die Widerstände bald zu spüren. Nicht nur daß die Opposition ihn zum innenpolitischen Hauptfeind erklärte - auch in der eigenen Partei regte sich Kritik, nicht zuletzt, weil er für die damalige Studentenbewegung viel Verständnis, für manche zu viel, zeigte. Seine Reformpläne glaubte er in Gefahr, weil der Senat ihm die Mittel verweigerte. Zornig trat er aus dem Senatorenamt, bald auch aus dem Abgeordnetenhaus zurück.

Wer kann sagen, ob diese Entscheidung richtig war. Die Bundespartei wählte ihn zwei Monate später demonstrativ in den Parteivorstand. In Berlin erhielt sein Nachfolger dann das nötige Geld, und der Bau der großen Mittelstufenzentren konnte beginnen. Ihre Mängel sind dem Konzept Gesamtschule nicht anzulasten. Seinen Vermittlungsversuch zur protestierenden Jugend hat die Berliner Partei, zum Teil aber auch die Gesamtpartei, erst viel später nachvollzogen. Carl-Heinz Evers konnte jedoch nach seinem Rücktritt dennoch einen Teil seiner Reformvorstellungen realisieren helfen. Er war 1971 Vorsitzender des Planungsausschusses der integrierten Gesamthochschule Essen. Bis 1975 beeinflusste er als Bundesvorsitzender der „Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule“ noch unmittelbar die Entwicklung der Gesamtschulen in allen Bundesländern.

Ende der 70er Jahre wurde es um Bildungsreformen genauso still wie um den Bildungsreformer Evers. Carl-Heinz Evers engagierte sich in diesen Jahren vor allem für die Studienförderung der Kinder von Arbeitnehmern im Rahmen der Hans-Böckler-Stiftung der Gewerkschaften. Er gab seine Erfahrungen an viele junge Forscher, Politiker weiter und öffnete sich in den folgenden Jahren mehr zu den alten wie neuen sozialen Bewegungen, vor allem zur Friedensbewegung.

Mitte der 80er Jahre hat Carl-Heinz Evers eine schwere gesundheitliche Krise, den Tribut für jahrelangen politischen Streß, überwunden und ist in der Bildungspolitischen Kommission des SPD-Parteivorstandes wieder aktiv. An dem Ergebnis, dem Beschuß „Bildung in Freiheit, Gleichheit und Solidarität“, der seit Sommer 1986 in der Partei und in vielen bildungspolitischen Zirkeln diskutiert wird, war er maßgeblich beteiligt.

Die Sozialdemokraten wünschen Carl-Heinz Evers für die nächsten Jahre viel Glück, Gesundheit und Schaffenskraft, damit seine Pläne Wirklichkeit werden können. (-/22.1.1987/rs/ks)

* * *



Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 848 ppbn d

Inhalt

42. Jahrgang / 16

23. Januar 1987

Dr. Alfred Emmerlich MdB kommentiert die jüngste Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs: Wende in der Parteispendenaffäre?

Seite 1

Peter Büchner MdB wirft der Koalition vor, die Partnerschaft zwischen Sport und Staat zu gefährden: Wortbruch gegenüber 63.000 Sportvereinen.

Seite 3

Jürgen Büssow MdL weist den medienpolitischen Vorstoß des Innenministers gegen Nordrhein-Westfalen zurück: Zimmermann maßt sich rundfunkpolitische Kompetenz an.

Seite 5

Wende in der Parteispendenaffäre?

Zur jüngsten Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

In der jüngsten Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs sind Anzeichen für eine „kalte Amnestie“ für Beteiligte der Parteispendenaffäre zu entdecken.

Der Bundesfinanzhof hat in zwei Beschlüssen in sogenannten Eilverfahren Zweifel daran geäußert, ob die Rechtsfigur der „mittelbaren Täterschaft“ auf Steuerhinterziehungen durch Parteispenden anwendbar ist. Eine solche „mittelbare Täterschaft“ liegt dann vor, wenn ein „Hintermann“ den eigentlich Handelnden zum Beispiel durch Täuschung oder Drohung bestimmt, die Handlung vorzunehmen.

Die Verantwortlichen der „Waschanlagen“ der Koalitionsparteien (staatsbürgerliche Vereinigung et cetera) haben den Freunden ihrer Parteien aus der Groß-Industrie zum Teil die Einzelheiten verschwiegen, auf welcher wundersamen Weise das gespendete Geld über Umwege und Hintertüren seinen Weg in die Kassen der Koalitionsparteien fand. Nichts lag näher als die Verantwortlichen dieser Waschanlagen in solchen Fällen als mittelbare Täter von Steuerhinterziehungen anzusehen - wie es viele Finanzbehörden auch gemacht haben.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Vertragliche Übernahme
des ehemaligen Redakteur
Rudolf Schwinn

